

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse

In dieser Woche stand ein historischer Besuch auf der Tagesordnung: Papst Benedikt XVI. sprach vor dem Bundestag. Er mahnte die Politik, sie müsse sich stets um die Gerechtigkeit bemühen, um so die Grundvoraussetzung für Frieden zu schaffen. Dem Recht zu dienen und Unrecht abzuwehren, sei unsere wichtigste Aufgabe. Damit hat der Papst auch daraufhingewiesen, dass ein Staat ohne Recht nicht funktionieren kann.

Die FDP ist in Berlin mit 1,8 Prozent zur Splitterpartei zertrümmert worden. Mit dem Spruch „Berlin-Wahl ist Euro-Abstimmung“ hatte sie gegen Merkel und Schäuble polemisiert. FDP-Chef Philipp Rösler hatte nur ein verzweifertes Ziel: mehr als fünf Prozent – und ist gescheitert. Einmal mehr bewies die Koalition damit, dass sie nicht regierungsfähig ist. Merkel laviert ohne Kraft und Kompass. Die CSU macht Stimmung gegen die eigene Schwesterpartei. Müde, ratlos, planlos – das ist der Zustand des Kabinetts. Niemand kann sagen, wie lange die Regierung Merkel noch hält. Doch Deutschland steht ohne verfassungsgemäßes Wahlrecht da. Würden jetzt Neuwahlen zum Bundestag erforderlich, wir hätten kein anwendbares Wahlrecht – ein weiteres schweres und unentschuldbares Versäumnis von Schwarz-Gelb, eine Missachtung des Rechts.

Finanzminister Schäuble hat mit der Schweiz ein Steuerabkommen ausgehandelt, das den ehrlichen Steuerzahler benachteiligt und genau die schützt, die den Fiskus jahrzehntelang betrogen haben. Schäuble war mit der Schweiz viel zu nachgiebig. Die SPD-geführten Bundesländer werden dieses ungerechte Abkommen zu Fall bringen.

Um einen durch Schwarz-Gelb drohenden Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik zu verhindern, hatten wir einen Antrag eingebracht, der Kürzungen verhindern und Langzeitarbeitslose unterstützen soll. Denn die Regierung hat beschlossen, etliche aktive Arbeitsmarktinstrumente streichen und stellt so Unterstützungsangebote für Arbeitsuchende infrage.

Ein weiterer Antrag von uns soll den Nahost-Friedensbemühungen neuen Schwung verleihen. Denn sollte die Palästinensische Autonomiebehörde im Herbst in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Zweidrittelmehrheit erreichen, würde das die Konfliktsituation zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten erheblich verändern.

In der Bildung wollen wir die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern. Wir brauchen an den Hochschulen eine Personaloffensive. Junge Wissenschaftler haben es oft schwer, dabei ist die Forschung einer der Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Verschiedene Studien haben in den letzten Jahren immer wieder belegt, dass in keinem anderen Land der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so groß ist wie in Deutschland. Besonders betroffen sind davon Kinder mit Migrationshintergrund. Um dem entgegen zu wirken, sollen für alle Kinder gute Angebote an frühkindlicher Bildung bereit stehen. Sie helfen, Benachteiligungen von Beginn an auszugleichen. Frühkindliche Bildung und

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE ALEXANDER LINDEN, STEFAN HINTERMEIER, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 23.09.2011 12.00 UHR

Betreuung fördert darüber hinaus die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarung von Familie und Beruf. sie leistet einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut. Unser Antrag „Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern – für Chancengleichheit und Inklusion von Anfang an“ wurde in dieser Woche abschließend im Bundestag beraten.

Mit herzlichen Grüßen

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

03	Der Papst im Bundestag	10	Einrichtung eines Weltmädchentages
03	Aktuelle Stunde: Attacke gegen Rösler	10	Umstrittenes Steuerabkommen mit der Schweiz
04	Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik verhindern	11	Patientenbedürfnisse als Maßstab für medizinische Versorgung
05	UNMISS-Mandat für den Südsudan verlängert	13	Mehr Bewegungsfreiheit für Asylsuchende
05	Nahost-Friedensprozess braucht neuen Schwung	14	Kinderrechte in Deutschland stärken
06	Notfallplan für die Hochschulzulassung	14	Aufhebung des Internetsperrgesetzes
07	Personaloffensive für wissenschaftlichen Nachwuchs	16	Öffentliche Petitionen im Internet
08	Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern	17	Veranstaltung Fortschrittsdiskurse
09	Für eine bessere Bildungssituation weltweit	18	Veranstaltung Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert

DER PAPST IM BUNDESTAG

Benedikt XVI.: „Politiker müssen Gerechtigkeit schaffen“

Im Vorfeld gab es teilweise emotionale Diskussionen, ob es angemessen sei, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche vor dem Parlament spricht. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hatte vor der Rede gesagt, dass der Papst willkommen sei und das Hohe Haus ihm Respekt entgegenbringe. „Wenn aber einzelne Abgeordnete aufgrund ihres persönlichen Glaubens oder ihrer grundsätzlich kirchenkritischen Haltung der Rede nicht beiwohnen wollen, ist das zu respektieren“, so Steinmeier.

Auch Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, hatte zuvor erklärt, dass es sich um einen „historischen Staatsbesuch“ handle, an den viele später zurückdenken werden. Oppermann: „Gleichwohl ist die Teilnahme für jeden Abgeordneten eine höchstpersönliche Entscheidung. Ich wünsche mir Respekt in Glaubensfragen und

Gelassenheit im Umgang mit denjenigen Abgeordneten, die heute nicht dabei sein wollen. Die Zeit der Glaubenskriege ist vorbei.“

Vor seinem Auftritt begrüßte der Papst die Repräsentanten des Deutschen Staates und die Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages in den Räumen von Bundestagspräsident Norbert Lammert.

„Materie ist nicht nur Material für unser Machen“

In seiner Rede betonte der Papst, dass es eine Ehre für ihn sei, zum Parlament zu sprechen und er auch als Landsmann gekommen sei. Gleichwohl sei er eingeladen worden in seiner Funktion als Papst. „Das zeigt mir, dass Sie mich als Partner anerkennen“, sagte er.

Im Folgenden ging er auf die Grundlagen des Rechts ein, das er zu seinem Kernthema in der Rede machte. „Politik muss Gerechtigkeit schaffen und den Willen zum Recht haben.“ Er warnte die Politiker: „Erfolg kann auch Verführung sein, das haben wir in Deutschland erlebt, als Macht und Recht getrennt wurden“. Dem Recht zu dienen, Unrecht zu verhindern, das seien die grundlegenden Aufgaben der Politik, sagte der Papst. In der Geschichte sei es zumeist die Religion gewesen, die beantwortet habe, woran man das Recht erkennt. Er betonte: „Das Christentum hat dem Staat nie eine Rechtsordnung als Offenbarung vorgegeben.“

Lacher im Plenum

Nicht zu verleugnen sei, dass es eine ökologische Bewegung seit den 70er-Jahren gebe, die „nach frischer Luft schreit“. Sie habe erkannt, dass Materie nicht nur Material ist für unser Machen. Der Papst scherzte. „Ich will keine Propaganda für eine bestimmte Partei machen“. Aber nachdenken müssten alle. Denn auch der Mensch besitze eine Ökologie, er mache sich nicht selbst. Es gebe seinen Geist, seinen Willen, aber auch seine Natur.

Erneut sorgte Benedikt XVI. für einige Lacher, als er einen Rechtstheoretiker zitierte, der noch mit 84 Jahren – so alt wie er selbst – brillante Gedanken von sich gegeben habe. Das zeige, es sei doch bei einigen auch in dem Alter noch möglich.

Er schloss seine Rede mit den Bemerkungen, dass die Erkenntnis der Vernunft das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft bilde.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Oppermann sagte nach der Rede: „Der Papst hat darauf hingewiesen, dass ein Staat ohne Recht nicht funktionieren kann. Damit hat er Partei ergriffen für einen handlungsfähigen Staat, der die Märkte reguliert und für eine Gesellschaft, in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärken gilt.“

AKTUELLE STUNDE

Attacke gegen Rösler

Im Bundestag attackierte Joachim Poß in der Aktuellen Stunde die Bundesregierung und besonders Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) ob seiner Phrase der „geordneten Insolvenz Griechenlands.“ Poß sagte: „Die internationalen Reaktionen auf Ihre Äußerungen sind erschreckend. Die ganze Welt fragt sich, was bloß mit der deutschen Bundesregierung los ist.“

Sowohl Vizekanzler als auch Kanzlerin würden ihrer Verantwortung nicht gerecht. „Ein Vizekanzler, der seiner Chefin offen widerspricht, ein Finanzminister, der nur noch mit Sarkasmus reagieren kann – das alles zeigt, Ihre Koalition befindet sich in Chaos und Auflösung. Sie legen sich selbst lahm“.

FDP-Chef Rösler sei es bei seinen Einlassungen nur um die Stabilität der FDP, nicht aber um die des Euro gegangen. Rösler sei schlicht überfordert, stellte Joachim Poß fest. „Das, was Sie gesagt haben, ergibt doch auch ökonomisch gar keinen Sinn. Sie haben ja nicht einmal erklärt, was Sie eigentlich mit dieser geordneten Insolvenz meinen“.

SPD-Kollege Werner Schieder sekundierte: „Diese Regierung ist kein Motor einer Lösungssuche. Sie ist der Brandbeschleuniger der Krise. Alle Vorschläge zur Stabilisierung der Eurozone in den vergangenen drei Jahren kamen nicht von Ihnen. Das ewige deutsche Nein hat die Krise nur verschärft!“

Stattdessen, so Schieder, würde die Regierung den Austritt der Griechen aus dem Euro „herbeispekulieren“. Das aber, stellte er klar, „würde den griechischen Bürgern ihre Lebensperspektive rauben“. Für Schieder steht fest: „Fällt Griechenland, brennt das ganze europäische Haus.“

ARBEIT

Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik verhindern

Nach sozialdemokratischer Auffassung ist Arbeit für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben essentiell. Fairness ist dabei der Schlüssel für gute Arbeit. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die finanziellen Mittel für die Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsposten Arbeit und Soziales für die kommenden Jahre stark zurückgefahren werden. Bereits 2011 werden zwei Milliarden weniger für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag (Drs. 17/6454) vorgelegt, der am 23. September 2011 im Rahmen der 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs abschließend im Bundestag beraten wurde.

Acht Milliarden weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Einschnitte werden in den Folgejahren jeweils um weitere zwei Milliarden vergrößert. Somit stehen ab 2014 jährlich acht Milliarden weniger für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Außerdem wurden viele Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestrichen. Im Hinblick auf die drastischen finanziellen Kürzungen ist vor allem die Umwandlung zahlreicher Pflicht- in Ermessensleistungen kritisch zu betrachten. Durch fehlende Finanzmittel ist der Ermessensspielraum für die Arbeitsvermittler sehr stark eingeschränkt. Diese Maßnahme betrifft unter anderem den zu Zeiten der Großen Koalition 2008 eingeführten Gründungszuschuss für Arbeitslose sowie die gesetzlich festgeschriebene Rechte von Schulabbrechern, einen Schulabschluss nachzuholen.

Regierung lässt über eine Million Langzeitarbeitslose im Regen stehen

Insbesondere dem Problem der hohen Langzeitarbeitslosigkeit – mehr als eine Million Menschen befinden sich seit mehr als zwei Jahren im Leistungsbezug – kann nicht mehr effektiv entgegengewirkt werden. Die Chance auf Zugang zu Arbeit wird für viele Menschen – besonders für ohnehin schon benachteiligte Gruppen – deutlich geschwächt. Unser Antrag fordert die Bundesregierung deshalb auf, erfolgreiche Arbeitsmarktinstrumente wie Gründungszuschuss und Ausbildungsbonus als gesetzlich gesicherte Pflichtleistungen zu erhalten. Der besondere Förderbedarf von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Älteren, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und solchen, die gesundheitlich angeschlagen sind, muss berücksichtigt werden. Um Perspektiven für Langzeitarbeitslose ohne Chance auf Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, muss die öffentlich geförderte Beschäftigung gestärkt werden. Für eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik muss ein guter Förderrahmen geschaffen und die nötige Finanzierung bereitgestellt werden. Ziel muss es sein,

der zunehmenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken zu können und jedem Menschen die Chance auf Teilhabe durch Arbeit zu gewähren.

AUSSENPOLITIK

UNMISS-Mandat für den Südsudan verlängert

Am 21. September 2011 hat der Bundestag in 1. Lesung über den Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Friedensmission UNMISS zur Unterstützung der Regierung des Südsudan bei der Friedenskonsolidierung und beim Aufbau des noch jungen Staates beraten (Drs. 17/6987).

Am 9. Juli 2011 hat der Südsudan seine Unabhängigkeit erklärt. Kurz darauf wurde er als 193. Mitgliedstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die Unabhängigkeitserklärung war ein wesentlicher Meilenstein bei der Umsetzung des im Jahre 2005 geschlossenen Friedensabkommens zwischen der sudanesischen Regierung und den Aufständischen im Südsudan. Die Vereinten Nationen hatten die Umsetzung dieses Friedensabkommens seit 2005 im Rahmen der Mission UNMIS unterstützt. Die Bundeswehr hatte sich an dieser Mission von Beginn an mit bis zu 50 Militärbeobachtern und Stabskräften beteiligt. Mit der Unabhängigkeitserklärung des Südsudan hatte die Mission UNMIS ihre Rechtsgrundlage verloren. Die Regierung des Südsudan hat frühzeitig signalisiert, dass sie an einer weiteren Präsenz von UN-Friedenstruppen in Südsudan interessiert sei. Die Vereinten Nationen haben deshalb bereits am 9. Juli 2011 die Einrichtung einer neuen Mission unter dem Namen UNMISS (United Nation's Mission in South Sudan) beschlossen. Im Vorgriff auf die Entscheidung der Vereinten Nationen hat der Bundestag bereits am 8. Juli 2011 mit großer Mehrheit auch der SPD-Bundestagsfraktion einer Beteiligung der Bundeswehr an dieser Mission mit bis zu 50 Soldaten zugestimmt. Die Entscheidung des Bundestages war wegen der noch nicht abschließend geklärten Details des neuen UNMISS-Mandates zunächst auf drei Monate begrenzt. In dieser Sitzungswoche steht die Entscheidung an, ob die Bundeswehr sich für weitere zwölf Monate mit bis zu 50 Soldaten an der Mission beteiligt. Wir werden das Mandat unterstützen.

Nahost-Friedensprozess braucht neuen Schwung

Nach dem Abbruch der direkten Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern im September 2009 der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Abbas angekündigt, dass sich die PA im September an die Vereinten Nationen (VN) wenden will, um eine Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zu erreichen. Sollte die PA im Herbst dieses Jahres in der Generalversammlung eine Zweidrittelmehrheit erreichen, würde das die Konfliktsituation zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten erheblich verändern.

Wegen der drohenden Polarisierung in der krisengeschüttelten Nahostregion, aber auch wegen der nichtständigen Mitgliedschaft Deutschlands im Weltsicherheitsrat ist die Positionierung zum Vorhaben der PA, eine Vollmitgliedschaft bei den VN zu beantragen, von besonderem Interesse. Hinzu kommt, dass Deutschland im Monat Juli, in dem der Antrag der PA bei den VN eingereicht werden könnte, den Vorsitz im Sicherheitsrat einnimmt. Mit dem angekündigten Schritt der PA dreht sich die Debatte zum Nahost-Friedensprozess um das immer kleiner werdende Zeitfenster für direkte Verhandlungen. Damit wächst die Dringlichkeit, Bewegung in den festgefahrenen Friedensprozess zu bringen.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagsfraktion unter dem Titel „Den Nahost-Friedensbemühungen neuen Schwung verleihen“ (Drs. 17/6298 / 17/7057) einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, ihrer außenpolitischen Verantwortung nachkommen und sich im Rahmen der EU, der VN und des Nahostquartetts für neue Initiativen einzusetzen, die die rasche Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern zum Ziel haben. Der Antrag wurde am 21. September abschließend im Bundestag beraten.

Laut Antrag hat es die Bundesregierung bisher versäumt, „alles zu unternehmen, um innerhalb der Europäischen Union eine einheitliche Haltung zur Anerkennungsfrage zu bilden. Sie hat es zudem versäumt, die bevorstehende israelisch-palästinensische Konfrontation in den Vereinten Nationen abwenden zu helfen. Indem sie die Ankündigung der PA als einseitigen Schritt kritisiert, hat sie sich ohne Not bereits festgelegt und die Chance vergeben, Premierminister Netanjahu endlich zum Verzicht auf weitere Siedlungsaktivitäten zu drängen und davon zu überzeugen, dass nicht eine Abwehrfront gegen das palästinensische Begehren einer Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas in den Vereinten Nationen aufhalten wird, sondern nur ein realistisches und faires Verhandlungsangebot. Mit ihrer Vorfestlegung, den Gang der Palästinenser zu den Vereinten Nationen abzulehnen, verspielt die Bundesregierung die Möglichkeit, Einfluss sowohl auf die PA wie auch auf die Länder, die die Anerkennung unterstützen wollen, zu nehmen und spielt zugleich jenen Kräften in Israel in die Hände, die an der Wiederaufnahme von Verhandlungen kein Interesse zeigen.“

Moniert wird ferner, dass die negative Vorfestlegung der Bundesregierung eine einheitliche europäische Position von vornherein verhindert. Der Antrag fordert, dass sich die Bundesregierung die Option offen hält, von europäischer Seite das palästinensische Ansinnen dann zu unterstützen, wenn Friedensgespräche bis dahin nicht begonnen haben und sich die künftige palästinensische Regierung dazu bekennt, dass sie das Existenzrecht Israels anerkennt, Gewaltverzicht garantiert und der Gültigkeit der bisherigen Abkommen zustimmt.

BILDUNG

Notfallplan für die Hochschulzulassung zum Wintersemester 2011/12 starten

Die Einführung eines modernen Hochschulzulassungsverfahrens (das so genannte „dialogorientierte Serviceverfahren“ DoSV) musste dieses Jahr zum zweiten Mal verschoben werden, was gerade angesichts der deutlich erhöhten Studiennachfrage eine gerechte und vor allem effiziente Platzvergabe deutlich erschwert. Die bisherigen Erfahrungen mit der nachgelagerten „Studienplatzbörse“ zur zügigen Nachvermittlung frei gebliebener Studienplätze zeigen, dass die Börse nicht oder nur unzureichend den erhofften Effizienzgewinn leistet. Diese Praxis unverändert bis zur Einführung des DoSV fortzusetzen, wird dem Problem nicht gerecht. Die Bundesregierung ist außerdem ihrer Informationspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag bisher nur unzureichend nachgekommen. So liegt der Bericht zu den Ergebnissen der Studienplatzbörse für die Studienanfänger im Wintersemester 2010/11 weiterhin nicht vor, obgleich Zahlen bereits in der Presse zitiert werden.

Ebenfalls lückenhaft ist die bisherige Darstellung der Bundesregierung zu den konkreten Gründen, die zum Projektstopp des DoSV für das WS 2011/12 geführt haben. Der allgemeine Hinweis auf die fehleranfällige Implementierung an den Hochschulen vermag nicht zu überzeugen. Die Situation in der Hochschulzulassung ist somit insgesamt inakzeptabel und belegt einen leichtfertigen Umgang mit den hoffnungsvollen Zukunftsperspektiven der jungen Menschen sowie eine anhaltende ineffiziente Nutzung bestehender Studienkapazitäten. Angesichts der erwarteten zusätzlichen Studiennachfrage und des zunehmenden

Fachkräftebedarfs ist die bisherige Entwicklung alarmierend. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung in unserem Antrag (Drs. 17/5899) zunächst den Bericht zu den Ergebnissen der Studienplatzbörse zum WS 2010/11 unverzüglich vorzulegen (Drs. 17/5899). Zudem brauchen wir eine Task Force, die jetzt einen Notfallplan erarbeitet, wie die Studienplatzvergabe bis zur Einführung des DoSV geregelt werden kann. In dieser Gruppe müssen die wichtigen Institutionen zusammenarbeiten: Hochschulen, die Stiftung für Hochschulzulassung sowie die an der technischen Umsetzung maßgeblich beteiligten Akteure. Dabei geht es vor allem darum, die Studienplatzbörse zu verbessern und bereits fertiggestellte DoSV-Software schnellstmöglich zu nutzen.

Personaloffensive für den wissenschaftlichen Nachwuchs starten

Die hohe fachliche Qualifizierung der Beschäftigten bildet die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung und des zunehmenden internationalen Konkurrenzdruckes ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von besonders großer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Doch junge Wissenschaftler haben es in Deutschland oft schwer. Auch sie sind betroffen von der andauernden Unterfinanzierung und fehlenden Planungssicherheit an den Hochschulen. Der Trend zu befristeten Beschäftigungen trägt beim wissenschaftlichen Nachwuchs besonders stark zum Mangel an Karrierechancen bei. Bei den wissenschaftlich-künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befanden sich 2009 rund 83 Prozent in befristeten Beschäftigungsverhältnissen.

Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist die Situation grundsätzlich positiver, was auch auf die finanzielle Verlässlichkeit durch den Pakt für Forschung und Bildung sowie die Exzellenzinitiative zurückzuführen ist. Bei den Promotionen gibt es durchaus positive Tendenzen, wir müssen aber auch hier weiterhin auf Qualitätssicherung achten und die Vielfalt der Wege zur Promotion in unserem Land erhalten.

Unbefristete Stellen erhöhen

Bei Promotionen, vor allem aber bei den Habilitationen ist auffällig, dass Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Dieses Missverhältnis gilt es durch gezielte Förderung abzubauen. Letztlich müssen die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen die Verantwortung für ihre Mitarbeiter und eine ordentliche Personalentwicklung übernehmen. Wir dürfen den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht mit seinen Sorgen alleine lassen. Daher fordern wir in unserem Antrag (Drs. 17/6336) die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern eine Personaloffensive für die Hochschulen zu starten, die zusätzliche Professuren schafft und die Promotions- und Habilitationsmöglichkeiten verbessert. Zudem soll diese den Anteil von Frauen in der Wissenschaft steigern, etwa durch die Einführung flexibler Frauenquoten sowie durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Hochschulen sollen sich im Zuge dieser Initiative verpflichten, den Anteil unbefristeter Stellen zu erhöhen und auch befristete Verträge mit einer Regellaufzeit von zwei Jahren zu vergeben.

Um diese Personaloffensive zu finanzieren, sollte die Bundesförderung die Mittel im Rahmen des Hochschulpaktes II an die zu erwartende erhöhte Studiennachfrage anpassen. Weiterhin fordern wir, den angekündigten Entwurf zu einem Wissenschaftsfreiheitsgesetz zeitnah vorzulegen und dabei sanktionsfähige Zielvereinbarungen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorzusehen. Diese sollten sich an den oben genannten Punkten für die Universitäten orientieren (mehr unbefristete Verträge etc.). Zudem soll die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Tarifsperre des Wissenschaftszeitvertrages vorlegen.

FAMILIE

Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, allen Kindern Chancengleichheit von Anfang an zu ermöglichen. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen schreibt fest, dass Kinder ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe haben. Dabei stehen Bund, Länder, Gemeinden sowie Unternehmen, Organisationen, Wohlfahrtsverbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung.

Benachteiligungen früh ausgleichen

Verschiedene Studien haben in den letzten Jahren immer wieder belegt, dass in keinem anderen Land der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so groß ist wie in Deutschland. Besonders betroffen sind davon Kinder mit Migrationshintergrund. Um dem entgegen zu wirken, sollen für alle Kinder gute Angebote an frühkindlicher Bildung bereit stehen. Sie helfen, Benachteiligungen von Beginn an auszugleichen. Frühkindliche Bildung und Betreuung fördert darüber hinaus die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarung von Familie und Beruf. Sie leistet einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut.

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion im Juni 2010 ihren Antrag „Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern – für Chancengleichheit und Inklusion von Anfang an“ in den Bundestag eingebracht, der am 21. September 2011 abschließend im Bundestag beraten wurde.

Frühkindliche Betreuung ausbauen

Das von der schwarz-gelben Regierung geplante „Betreuungsgeld“ für Eltern, die ihre Kinder nicht in einer Kindertagesstätte oder einer Tagespflegestelle betreuen lassen, wirkt den Zielen der frühkindlichen Bildung entgegen. Stattdessen fordern die Sozialdemokraten, die Angebote der Kindertageseinrichtungen mit denen der Familienbildung und Familienunterstützung und -förderung zu verknüpfen und zu einem Gesamtkonzept als Eltern-Kind-Zentren zu erweitern. In der frühkindlichen Bildung müssen sowohl Quantität und Qualität zügig ausgebaut werden. Der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach den ersten 12 Lebensmonaten kann nur durch ein massives Investitionsprogramm erreicht werden.

Fachkräfte-Offensive

Außerdem benötigen die Kinderbetreuungseinrichtungen genauso wie die Tagespflege mehr und besser ausgebildetes Personal. Dazu schlägt die SPD eine Fachkräfte-Offensive vor. Dabei sei vor allem darauf zu achten, den Erzieherberuf für Männer und Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver zu machen. Zunächst solle die Vermittlung von bereits ausgebildeten arbeitssuchenden Fachkräften auf offene Stellen zügig erfolgen. Des Weiteren soll die Bundesregierung auf die Länder einwirken, damit die Inklusion flächendeckend umgesetzt wird. So sollen Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung Kindertageseinrichtungen besuchen können.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung schaffen

Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern von der Bundesregierung, im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes zwischen Bund und Ländern eine Steigerung der Ausgaben für frühkindliche Bildung zu gewährleisten sowie verbindliche Vereinbarungen für den bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu treffen. Wichtig seien dabei einheitliche Qualitätsstandards und die Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für ein- bis sechsjährige Kinder. Dieser soll zunächst für Alleinerziehende und in einem weiteren Schritt für alle Eltern gelten. Zudem sollten die Betreuungsangebote schrittweise von Elternbeiträgen befreit werden.

Finanzierung sichern

Zur Finanzierung schlägt die SPD vor, auf das Betreuungsgeld zu verzichten. Das Volumen wird auf 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Zudem sollen die Einnahmen, die den Kommunen durch das Steuergeschenk für Hoteliers verloren gegangen sind, kompensiert werden und auf weitere Steuersenkungen soll verzichtet werden. Zusätzlich gelte es, durch einen Aufschlag auf den Spitzensteuersatz – Bildungsoli – weitere Mittel für die frühkindliche Bildung sowie weitere Bildungsbereiche zu gewinnen.

ENTWICKLUNG

Für eine bessere Bildungssituation weltweit

Bildung ist Menschenrecht, Voraussetzung der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Teilhabe. Umso wichtiger ist es, dass freier Zugang zu Bildung jedem Kind und Erwachsenen ermöglicht wird. Leider ist dies nicht überall der Fall. Daher fordert die SPD in ihrem Antrag (Drs.17/6484), dass Bildung und Ausbildung weiterhin als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut wird.

Bildungssituation weltweit bleibt alarmierend

Besonders in Sub-Sahara-Afrika sowie in Teilen Asiens ist der Anteil der Kinder, die nicht zur Schule gehen, erschreckend hoch. Laut des aktuellen Weiterbildungsberichts der UNESCO besuchen derzeit ca. 67 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter keine Schule. Besonders dramatisch ist die Situation von Staaten in Konfliktsituationen: Allein hier besuchen rund 28 Millionen Kinder keine Schule, das sind 42 Prozent aller Kinder ohne Schulzugang weltweit.

Chancen auf Bildung verbessern

Dabei ist Bildung elementare Voraussetzung für Entwicklung, für jeden Einzelnen wie auch für die Gesellschaft im Ganzen. Bildung ist zentral für unsere Entwicklungszusammenarbeit und ein Kernelement nachhaltiger Armutsbekämpfung.

Darum müssen wir helfen, die Chancen auf Bildung weltweit zu verbessern. Dazu gehört zunächst eine universelle Grundschulbildung, wie sie auch die UN als zweites Millenniumsziel vereinbart hat. Leider sind viele Länder davon noch weit entfernt. Das gilt insbesondere für Mädchen, denn in den meisten der unterentwickelten Länder besuchen diese weit seltener eine Schule als Jungen. Auch in den Sekundarschulen und in der Erwachsenenbildung gibt es großen Nachholbedarf. Eine bessere Grundbildung für die Eltern verbessert Bildungschancen und Bildungsniveau nachhaltig.

Verantwortung für Bildung weltweit liegt auch in Deutschland

Um dies zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung dazu auf, Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen und gerade im Bildungssektor finanzielle Planungssicherheit für die Partnerländer über mehrere Jahre zu gewährleisten. Zudem muss die internationale Zusammenarbeit besser koordiniert werden, besonders im Rahmen der Europäischen Union. Um allen Kindern zu ermöglichen, eine Schule zu besuchen, muss Deutschland sich auch für die Einhaltung des Verbots von Kinderarbeit einsetzen. Zudem geht es nicht nur um den quantitativen Ausbau von Bildungsangeboten, sondern auch um die Qualität des Unterrichts, etwa durch eine bessere Ausbildung und Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern. Die Bundesrepublik sollte Programme unterstützen, die Anreize für Mädchen und Frauen zum Schulbesuch schaffen. Gleiches gilt auch für Kinder mit Behinderungen.

Einrichtung eines Weltmädchentages der Vereinten Nationen

Mädchen und Frauen repräsentieren etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. In ihren Gesellschaften spielen sie eine zentrale und unverzichtbare Rolle. Und doch erfahren viele von ihnen in weiten Teilen der Erde Benachteiligung, Ausbeutung, Gewalt und Ausgrenzung. Um stärker auf die Situation von Mädchen aufmerksam zu machen, unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion eine Forderung nach einem Weltmädchentag der Vereinten Nationen.

Um die Diskriminierung und Ausbeutung von Mädchen zu beenden und ihre Rechte zu gewährleisten, bedarf es eines noch stärkeren öffentlichen Bewusstseins für ihre Situation und eines aktiven politischen Handelns, in den Industrie- ebenso wie in den Entwicklungsländern. Mädchen besonders häufig Opfer von Diskriminierung und Gewalt

Weder am Internationalen Frauentag noch am Weltkindertag wird bislang auf die besondere Situation der Mädchen hingewiesen. Dabei sind Mädchen besonders häufig Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Sie erfahren dies aufgrund ihres Geschlechts, teilweise schon vor ihrer Geburt. In einigen asiatischen Ländern ist es weit verbreitete Praxis, weibliche Föten abzutreiben. Experten schätzen, dass etwa 100 Millionen Frauen, davon alleine 60 Millionen in Asien, somit in den Bevölkerungsstatistiken fehlen. Junge Männer finden in diesen Regionen keine Ehefrauen, was wiederum Menschenhandel mit Mädchen oder Zwangsverheiratungen begünstigt. Ein Teufelskreis. Aber auch im Bildungs- und Gesundheitswesen sind Mädchen benachteiligt.

Weltmädchentag soll Bewusstsein für mehr Rechte und Sicherheiten schaffen

Um auf diese Missstände aufmerksam zu machen, hat die kanadische Regierung im Frühjahr 2011 beschlossen, sich offiziell bei den Vereinten Nationen für die Einführung eines Weltmädchentages einzusetzen. Ein solcher Tag soll weltweit auf die Rechte von Mädchen aufmerksam machen. Darum fordern wir, zusammen mit den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/die Grünen in einem Antrag (Drs. 17/7021), dass die Bundesregierung sich bei den Vereinten Nationen dafür einsetzt, den 22. September als Weltmädchentag zu deklarieren. Damit der Tag über Symbolik hinausgeht, stehen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Pflicht, ihn durch entsprechende Initiativen mit Leben zu füllen.

FINANZEN

Umstrittenes Steuerabkommen mit der Schweiz

Das vom Kabinett verabschiedete Steuerabkommen mit der Schweiz stößt bei der SPD-Fraktion auf breite Ablehnung. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Joachim Poß sagte dazu, das sei „kein Ruhmesblatt für Wolfgang Schäuble“.

Der Bundesfinanzminister hat am 21. September das Abkommen unterzeichnet. Damit soll deutsches Vermögen bei Schweizer Banken pauschal nachbesteuert werden, und zwar mit einem Satz zwischen 19 und 34 Prozent. Ab 2013 soll dann über eine Abgeltungsteuer der Steuersatz auf rund 26 Prozent festgelegt werden. Auf den Ankauf von Daten-CDs mit deutschen Steuerbetrügern soll verzichtet werden.

Schäuble habe, so Joachim Poß, viel zu lasch verhandelt. „Er war abonniert auf einen Ablasshandel. Das ist ein Desaster für die Steuerzahler in Deutschland, dass Steuerflüchtige mit solch einem Billigtarif davonkommen.“

Der vermeintliche Vorteil, dass nun einige Milliarden-Einnahmen auf den Fiskus zukommen, könne diesen Bruch nicht kompensieren; das sei eine Güterabwägung. Es unterlaufe vielmehr bereits bestehende europäische Abkommen. „Wir treten auf der Stelle“, so Poß.

„Unvertretbar“ sei, dass sich nun sogar einige freikaufen könnten und nicht mehr belangt würden. Es sei, sagte Poß, „unerträglich“, dass Steuer-CDs nicht mehr verwendet werden dürften. Zudem sei es überhaupt noch nicht abschätzbar, wie groß dieses Geschäft wirklich werde. „An den geschätzten Zahlen gibt es Zweifel, keiner weiß, wieviel Geld in der Schweiz wirklich gebunkert ist.“ Spekuliert wird mit einer Summe von 130 bis 200 Milliarden Euro.

Es könne auch nicht sein, dass Leute, die jahrzehntelang das deutsche Gemeinwesen betrogen hätten, in der Anonymität verbleiben könnten und davonkommen. Poß: „Dass es auch anders geht, zeigen doch die USA. Die haben beinhart mit der Schweiz verhandelt. Herr Schäuble sollte sich von den USA Tipps geben lassen, wie man das macht.“

Steuergerechtigkeit unter den Rädern

Nicolette Kressl, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, bemerkte zu der Unterzeichnung: „Das Urteil über die Verhandlungsführung steht fest: Der Schweizer Finanzplatz feiert den Schutz der Interessen seiner Bankkunden. Auf deutscher Seite ist die Steuergerechtigkeit unter die Räder gekommen.“

Kressl sieht in dem Abkommen für deutsche Steuerpflichtige mit unversteuertem Vermögen in der Schweiz den „Startschuss zur Überprüfung ihrer bisherigen Hinterziehungsstrategie: Fortsetzung der Steuerflucht oder Rückkehr in die Steuerehrlichkeit – wahlweise nach deutschem Recht oder Schweizer Sonderkonditionen.“

Für diese Entscheidung, so Kressl, wollen die Regierungen den Straftätern Zeit bis zum 31. Mai 2013 einräumen, „mithin ausreichend Gelegenheit zur Abstimmung mit rechtlichen Beratern und Bankvertretern.“

Die SPD-Ministerpräsidenten erwägen, das Gesetz im Bundesrat zu stoppen. Gegenwärtig läuft die Prüfphase.

GESUNDHEIT

Patientenbedürfnisse als Maßstab für medizinische Versorgung

Am 23. September 2011 hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung eines GKV-Versorgungsstrukturgesetzes in 1. Lesung beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert daran, dass Schwarz-Gelb das Gesetz aus der Perspektive der Ärzte geschrieben habe und nicht aus Sicht der Patientinnen und Patienten. Bereits im April 2011 hatte die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion ein umfassendes Positionspapier zu einem Versorgungsgesetz vorgelegt. Darin wurden die Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten als Maßstab für ein entsprechendes Gesetz beschrieben.

Die Menschen in Deutschland werden bereits heute immer älter und sie bleiben länger fit. Das ist sehr erfreulich. Doch gleichzeitig bedeutet diese Entwicklung Herausforderungen für unser Gesundheitssystem, die in der öffentlichen Debatte immer wieder beschrieben werden. Der Trend unserer älter werdenden Gesellschaft wird sich in der Zukunft noch verstärken. Dadurch wird auch die Anzahl der chronischen Erkrankungen und Behinderungen zunehmen. Außerdem wird es immer mehr Ein-Personen-Haushalt geben. Auch dadurch entstehen neue Aufgaben in der professionellen Pflege und der hausärztlichen Versorgung. Zudem wird der

medizinische Fortschritt die Entwicklung von zum Teil hochpreisigen neuen Verfahren für Diagnostik und Therapie ermöglichen.

Für eine gute medizinische Versorgung in der Stadt und auf dem Land

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge. Unser Gesundheitssystem ist für die Patientinnen und Patienten da und nicht für die Ärzte. Schon heute ist die medizinische Versorgung in Deutschland regional sehr unterschiedlich. Derweil in wohlhabenden Regionen oft ein Überangebot an Arztpraxen existiert, sind viele ländliche und strukturschwache Regionen aber auch benachteiligte Stadtteile in Großstädten unterversorgt. Die Patientinnen und Patienten müssen dort lange Wege und lange Wartezeiten auf sich nehmen, um medizinisch versorgt zu werden. In den kommenden Jahren werden immer mehr Landärzte in den Ruhestand gehen. Für ihre Praxen finden sie häufig keine Nachfolger, weil für die jungen Medizinerinnen und Mediziner eine ärztliche Tätigkeit auf dem Land wenig attraktiv ist. Hier muss die Politik gegensteuern, denn eine umfassende medizinische Versorgung ist auch ein zentraler Faktor für die Lebensqualität. Wir wollen eine qualitativ gute medizinische Versorgung überall in Deutschland – in den Städten und auf dem Land.

Schwarz-Gelb stellt die Ärzte in den Mittelpunkt

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er ist aus sozialdemokratischer Sicht ungeeignet, um die gesundheitliche Versorgung in Deutschland sicher zu stellen und den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Hauptkritikpunkt der Sozialdemokraten ist, dass Union und FDP nicht die Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen, sondern die Perspektive der Ärzte. Die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen reichen nicht aus. Denn um die medizinische Unterversorgung in ländlichen Gebieten zu bekämpfen, muss die Überversorgung in Ballungsräumen abgebaut werden. Doch hierfür sieht Schwarz-Gelb keine wirksamen Instrumente vor. Andere Regelungen führen zu Kostensteigerungen, die allein auf die Versicherten abgewälzt werden. Zudem klammert der Gesetzentwurf das Potenzial der nicht-ärztlichen Versorgung z.B. durch Gemeindeschwestern weitgehend aus.

Positionspapier der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Fraktion liegt vor

Die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im April ein Positionspapier zu einem Versorgungsgesetz vorgelegt, in dem konkrete Vorschläge gemacht werden, um die gesundheitliche Versorgung im ganzen Land zu verbessern. Dazu gehören Maßnahmen zur Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung. Sie soll dem Grundsatz folgen, dass eine Region mit vielen Kranken auch einen größeren Bedarf an Ärzten hat. Die Bundesländer sollen deshalb stärker als bisher in den Planungsprozess einbezogen werden. Zum Abbau der Überversorgung sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet werden freiwerdende Arztsitze aufzukaufen und so Praxen zu schließen. Wenn Ärzte in unterversorgten Regionen keinen Praxismachfolger finden, soll ihre Praxis öffentlich ausgeschrieben werden. Außerdem sollen in ärztlich unterversorgten Gebieten bestimmte Leistungen durch speziell geschultes nicht-ärztliches medizinisches Fachpersonal ausgeführt werden können. Die Hausärzte sollen gestärkt werden, z.B. durch die Möglichkeit Hausärztliche Versorgungszentren zu errichten und durch Honoraranpassungen.

Die unterschiedliche Vergütung für die ambulante Versorgung von gesetzlich und privat Versicherten soll von einer einheitlichen Honorarordnung abgelöst werden. Dadurch soll vermieden werden, dass gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten längere Wartezeiten und Nachteile bei der medizinischen Behandlung erfahren. Auch die Ausbildung von Medizinerinnen und ihre Weiterbildung, vor allem im Bereich der Allgemeinmedizin, soll verbessert werden. Studienabschlüsse aus Nicht-EU-Staaten sollen schneller anerkannt werden, damit die Ärzte in Deutschland praktizieren können. Ebenso soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

verbessert werden, damit vor allem junge Medizinerinnen motiviert werden, auch Praxen in ländlichen Gebieten zu übernehmen.

Darüber hinaus fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Beschränkung des Risikostrukturausgleichs auf 50 bis 80 Krankheiten abzuschaffen. Denn sie bietet einen Anreiz zur Risikoselektion seitens der Krankenkassen. Zudem wird durch den Wegfall der Beschränkungen Bürokratie abgebaut und die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds werden transparenter und planbarer.

Zur 2./3. Lesung des Regierungsentwurfs eines Versorgungsgesetzes wird die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag in den Bundestag einbringen, der die Defizite des Gesetzentwurfes deutlich benennt und Verbesserungsvorschläge macht.

INNEN

Mehr Bewegungsfreiheit für Asylsuchende und Geduldete

Asylsuchende sind Menschen, die in einem fremden Land um Aufnahme und Schutz vor politischer Verfolgung ersuchen. Sie sind oft allein, sprechen die Sprache nicht und sind schwer verängstigt. Das wird auch dadurch verstärkt, weil die Aufenthaltsgestattung von Asylbewerbern bislang auf den Landkreis oder die Stadt beschränkt ist, dem bzw. der sie zugewiesen sind. Dort müssen sie nicht nur wohnen, sondern sie dürfen das Gebiet schlicht nicht verlassen. Das führt für die Betroffenen zu einer starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit und zu massiver sozialer Isolation. Das kann niemand wollen.

Es gibt zwar Ausnahmen; die sind aber so kompliziert und streng, dass sie kaum jemand nutzen kann. Außerdem kann ein Verstoß gegen diese strengen Aufenthaltsregelungen mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden. Für die ohnehin leidenden Asylbewerber ist das unerträglich.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in einem Antrag (Drs. 17/5912), dass die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf vorlegen soll, der beinhaltet, dass der räumliche Aufenthalt von Asylbewerbern und Geduldeten nicht länger beschränkt wird. Der Antrag wurde am 21. September 2011 im Bundestag beraten.

Allerdings sollen die Bewerber auch weiterhin verpflichtet werden können, ihren Wohnsitz in einer bestimmten Gemeinde, einem bestimmten Landkreis oder einem bestimmten Bundesland zu nehmen. Das Gleiche soll auch für Geduldete gelten – aber längstens befristet bis zur Aufnahme einer Beschäftigung.

Auch für Geduldete mehr Freiraum

Das ist erforderlich, um einen weiterhin gerechten Ausgleich zwischen den Bundesländern und innerhalb der Bundesländer zwischen den Landkreisen oder Kommunen zu gewährleisten. Denn die Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden grundsätzlich von den Kommunen getragen. Würde die Wohnortregelung wegfallen, würden wohl vor allem große Städte belastet.

Auch für Geduldete soll mehr Bewegungsfreiheit hergestellt werden. Sie leiden unter jahrelangen, kaum erträglichen örtlichen und sozialen Isolationen. Bei ihnen muss die so genannte Kettenduldung abgeschafft werden: Wer längere Zeit unverschuldet an der Ausreise gehindert ist, soll eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Dem Antrag zufolge soll die Bewegungsfreiheit bei beiden Gruppen eingeschränkt werden, wenn sie in Straftaten verwickelt sind oder extremistische Vereinigungen unterstützen oder keine Identität angeben wollen.

KINDER

Kinderrechte in Deutschland stärken

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Kinderrechte in Deutschland umfassend stärken“ (Drs. 17/6920) in den Bundestag eingebracht. Am 23. September hat ihn der Bundestag beraten. Seit vielen Jahren setzt sich die SPD für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein. Die damit verbundene Änderung des Grundgesetzes lehnt die Union nach wie vor ab.

In ihrem Antrag fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, die Gesetzgebung zu überprüfen, inwieweit sie mit den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und mit dem darin verankerten Kindeswohlvorrang in Einklang stehen. Des Weiteren soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, indem rechtliche Änderungen im Aufenthalts- und Asylrecht vorgenommen werden. Diese hatten sich aus der Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 2010 ergeben. Außerdem soll die Bundesregierung endlich einen Gesetzentwurf zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz erarbeiten, um der UN-Kinderrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Verfassung zu entsprechen. Die Bundesregierung soll auch prüfen, wie Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe verankert werden können. Dabei sollen die in der Praxis erworbenen Kenntnisse einbezogen werden, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Darüber hinaus soll der Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ unter der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen fortgeschrieben werden. Die Bundesregierung soll sich auf der EU-Ebene für die Einrichtung eines Monitoringsystems zur Überwachung der Kinderrechte sowie einen regelmäßigen EU-Staatenbericht, der an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zu übermitteln ist, einsetzen.

Am Weltkindertag wird weltweit auf die Bedeutung der UN-Kinderrechtskonvention aufmerksam gemacht. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen und besagt, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen ist. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 20. November 1989 die UN-Kinderrechtskonvention einstimmig verabschiedet. Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1992 bei der Ratifikation der Kinderrechtskonvention mehrere Erklärungen angebracht und diese erst nach vielfacher Kritik auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes im Juli 2010 zurückgenommen.

KULTUR UND MEDIEN

SPD-Fraktion begrüßt Aufhebung des Internetsperrgesetzes

Eine der größten Herausforderungen des Internetzeitalters ist die wirksame und nachhaltige Bekämpfung von Kinderpornographie im Netz. Das Problem birgt nicht nur technologische Facetten wie etwa das Nachwachsen von entsprechenden Seiten und der ausländische Standort von Servern, sondern auch juristische wie die Frage, ob derartige Seiten gelöscht oder gesperrt werden sollen.

Im Jahr 2008 kündigte die damalige Familienministerin von der Leyen (CDU) an, dass das Bundeskriminalamt (BKA) mit den Providern Verträge zur Sperrung besagter Inhalte schließen werde – ohne jede rechtliche Grundlage. Es war vor allem die SPD-Fraktion, die darauf bestanden hat, dass derartige tiefgreifende Eingriffe einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Der Deutsche Bundestag beschloss am 18. Juni 2009 den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen (Drs. 16/12850, 16/13411).

Die SPD-Fraktion räumte später ein, dass die Zustimmung zu dem Gesetz ein Fehler war und brachte Anfang 2010 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Internetsperrgesetzes ein (Drs. 17/776). Denn Internetsperren sind wenig effektiv, ungenau und technisch ohne größeren Aufwand zu umgehen. Sie können damit keinen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderpornographie leisten und schaffen außerdem eine Infrastruktur, die grundsätzliche Bedenken hervorruft und verfassungsrechtlich problematisch ist.

Nach nunmehr drei Jahren Debatte und zwei Jahre nach Verabschiedung im Deutschen Bundestag vertreten alle Fraktionen die Auffassung, dass es eine Aufhebung dieses Zugangerschwerungsgesetzes geben müsse. Die Bundesregierung begründet ihren Gesetzentwurf zu dieser Aufhebung nun wie folgt: „Die Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und nicht staatlichen Einrichtungen wie Selbstregulierungsorganisationen der Internetwirtschaft und Nichtregierungsorganisationen wurden in jüngster Zeit weiter genutzt, um national und international eine schnellstmögliche Löschung der Inhalte zu erreichen. Dieses Vorgehen hat sich als erfolgreich erwiesen, so dass Sperrmaßnahmen nicht erforderlich sind. Das Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangerschwerungsgesetz – ZugErschwG) wird daher aufgehoben.“

Weitere Bekämpfungsmaßnahmen

Dieser Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ (Drs. 17/6644) wurde in dieser Woche in 1. Lesung beraten. Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte dazu vor dem Parlament: „Heute ist ein guter Tag für die Netzpolitik. Heute wird eines der Missverständnisse zwischen jungen, engagierten Netzaktiven und einer Generation von Politikern, die meint Regeln der Offline-Welt in die Online-Welt zu übertragen, endlich aus der Welt geschafft.“ Das Gesetz zur Aufhebung sei ein „Sieg für all diejenigen, die sich für ein freies Internet einsetzen, und die wirksame Maßnahmen in den Mittelpunkt stellen, statt auf Symbolpolitik zu setzen.“ In allen Fraktionen gebe es Akteure, die sich für den heutigen Erfolg eingesetzt hätten. Das Ende der Netzsperrungen sollte, so Klingbeil, „nicht das Einzige bleiben, was wir bis zum Ende der Legislatur netzpolitisch erreichen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dem Gesetz zur Aufhebung des Internetsperrgesetzes zustimmen.

Dabei allein darf es aber nicht bleiben. Klingbeil: „Es bedarf vielmehr der Weiterentwicklung von effektiven Bekämpfungsstrategien, um die Löschung derartiger Angebote im Internet auf der Grundlage des geltenden Rechts durchzusetzen.“

Zur Bekämpfung der Verbreitung von sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet sind nach Ansicht der SPD-Fraktion eine verbesserte technische und personelle Ausstattung der Polizeibehörden, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und die Verbesserung der Zusammenarbeit auf nationaler und insbesondere auf internationaler Ebene erforderlich, um die Löschung kinderpornographischer Netzinhalte zeitnah und effektiv durchzusetzen und eine konsequente Strafverfolgung zu erreichen.

All das hat die SPD-Bundestagsfraktion und haben die anderen Oppositionsfraktionen in den letzten beiden Jahren eingefordert, doch stehen dazu die Konzepte der Bundesregierung aus. Lars Klingbeil sagte dazu im Plenum: „Wir werden weiter auf die Vorlage einer entsprechenden Strategie drängen!“

PETITIONEN

Öffentliche Petitionen im Internet stärken Dialog mit den Bürgern

16.849 Eingaben haben Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2010 beim Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht. Dieses Ergebnis teilt der Jahresbericht des Petitionsausschusses (Drs.17/6250) mit. Darüber hat das Parlament am 21. September 2011 diskutiert. Die Gesamtzahl der Petitionen ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 2 000 gesunken. 5 780 Eingaben sind auf elektronischem Wege, also als Web-Formular über www.bundestag.de, eingegangen. Werden die Massenzuschriften hinzu gezählt sowie die Unterschriftenlisten und die elektronischen Mitzeichnungen der öffentlichen Petitionen kommen 1,8 Millionen Personen zusammen, die sich an den Bundestag wandten und eine Petition unterstützten. Der Ausschuss behandelte 20110 15 993 Petitionen. Darin waren auch Eingaben aus dem Vorjahr enthalten, die nicht in der Frist eines Jahres bearbeitet werden konnten.

Arbeit und Soziales liegt an erster Stelle

Erneut betrafen die meisten Eingaben mit 20 Prozent den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. An zweiter Stelle lag das Bundesministerium der Justiz mit 12 Prozent der Petitionen, gefolgt vom Bundesministerium der Finanzen. Das Gesundheitsministerium und das Innenressort liegen auf den Plätzen vier und fünf.

Brandenburger besonders petitionsfreudig

Ausgehend von der Anzahl der Petitionen, die im Durchschnitt auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Bundeslandes entfielen, reichten laut Bericht die Brandenburger mit 540 die meisten Eingaben ein. Ihnen auf den Fersen ist Berlin mit 456 Petitionen. Die geringsten Eingabezahlen erzielten Baden-Württemberg und das Saarland mit jeweils 143 Eingaben auf eine Million Einwohner. In absoluten Zahlen, so der Bericht des Petitionsausschusses, liegt Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland, mit 2 873 an der Spitze, gefolgt von Bayern mit 1 871 und Berlin mit 1 570 Petitionen. Fast die Hälfte der Petitionen konnten positiv behandelt werden, einige von ihnen bereits im Vorfeld des parlamentarischen Verfahrens.

Öffentliche Petition als erfolgreiches Instrument

Die öffentliche Petition, die ursprünglich als Modellversuch gestartet wurde, gehört mittlerweile zum festen Angebot der Petitionsarbeit. Durch die Veröffentlichung von Petitionen im Internet werden der Öffentlichkeit Themen vorgestellt, die von öffentlichem Interesse sind. Sie können in Foren diskutiert oder durch den Eintrag in einer Unterstützerliste mitgezeichnet werden. Zu Themen, die einen großen Zuspruch im Internet erhalten, finden öffentliche Beratungen des Petitionsausschusses statt. Bei denen die Petenten nicht nur Anwesenheits-, sondern auch Rederecht haben, um ihre Petition eingehender darzustellen. Diese Möglichkeit hatte die rot-grüne Bundesregierung gegen den erbitterten Widerstand aus der Union geschaffen.

Zu den öffentlichen Petitionen, die intensiv im Internet diskutiert wurde und über 66 000 Unterstützer fand, gehörte die Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Steuer gegen Armut. Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Petenten in ihre Arbeitsgruppe eingeladen und die Petition wurde öffentlich im Ausschuss beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion will den Weg der öffentlichen und digitalen Petition ausbauen. Die

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen die Bürgerinnen und Bürger durch die Nutzung von Petitionen besser und frühzeitiger in politische Entscheidungen einbeziehen.

VERANSTALTUNGEN

Eppler begeistert Publikum zur Frage, welchen Fortschritt wir wollen

Fortschrittsdiskurse führen – doch was ist überhaupt Fortschritt? Und welchen Fortschritt wollen wir? Diese und andere Fragen diskutierten der ehemalige Bundesminister und Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD, Erhard Eppler, und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis.

Vor Publikum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus am Reichstagsufer tauschten die beiden ihre Absichten zum Fortschritts- und Wachstumsgedanken aus, moderierend begleitet wurden sie dabei von Edelgard Bulmahn, ehemalige Bundesbildungsministerin und Sprecherin der Arbeitsgruppe Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität der SPD-Fraktion.

Zunächst ging es um die Begriffsbestimmung von Fortschritt und ob es einen Fortschritt hin zu einer besseren Gesellschaft gibt. Eppler erinnerte daran, dass der Diskurs über Fortschritt keineswegs neu sei, schon vor 40 Jahren habe die Partei darüber philosophiert. Er führte eine Statistik an, nach der Zukunft heutzutage mehr von Angst denn von Hoffnung besetzt sei.

Zudem sei der Fortschrittsbegriff, so wichtig er sei, kein Begriff, mit dem man große Teile der Gesellschaft mobilisieren könne. Fortschritt hänge mit Lebensqualität zusammen. Und die habe eine subjektive und eine objektiv-politische Dimension. Zunächst gehe es darum, ob man selber glücklich sei, ob man der Überzeugung sei, dass man mit seinem Leben etwas anfangen könne. Die Politik auf der anderen Seite könne diese Subjektivität nicht liefern, sondern nur die Bedingungen schaffen, dass das Leben einen Sinn haben könnte. Wohlstand sei die Bedingung, dass man sich wohlfühlt.

Selektives Wachstum

Eppler berief sich bei seinen Überlegungen auf eine Definition der SPD von 1972 über Lebensqualität. Die sei demnach mehr als ein höherer Lebensstandard. Sie setze Freiheit voraus und gewährleiste Sicherheit durch Solidarität, sie biete Teilhabe an Natur und Kultur und die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Kurz: Sie geht über den materiellen Stand hinaus. Bis 1970, so Eppler, habe in Deutschland die Lebensqualität in demselben Maße zugenommen wie das Wirtschaftswachstum. Danach habe rein statistisch die Lebensqualität nicht mehr zugenommen. Schon allein deshalb, so Eppler, sei für ihn klar gewesen, dass Wirtschaftswachstum nicht das Ziel einer Regierung sein könne. Aber: „Wenn das kein Ziel sein kann, kann auch Nullwachstum kein Ziel sein“. Seine These lautet: Es kommt nicht darauf an, wieviel wächst, sondern was wächst. Eppler nennt das „selektives Wachstum“. Man solle auswählen, was wachse und was nicht. „In der Praxis ist das längst so, nur in der Theorie ist das noch nicht angekommen“, sagte Eppler. Zweifelsohne sei das aber kein Begriff, mit dem man Wahlkampf betreiben könne.

Und natürlich gebe es Bereiche, etwa die Frage, wieviele Jeans produziert werden sollten, die nicht dort eingereiht werden könnten.

Michael Vassiliadis konstatierte, dass die Erklärungen der Eliten, welchen Fortschritt wir wollten, für die Bürger oft unzureichend sei. „Es fehlen Erklärungen“. Die klassischen Forderungen einer Gewerkschaft, etwa nach Sicherung von Arbeitsplätzen rücke in Bezug auf Lebensqualität in

den Hintergrund. Es gehe nun auch um Fragen etwa der Ökologie und Energie. Doch noch immer gebe es Logiklücken im Fortschrittdiskurs: nämlich zum Beispiel die Frage, wer für Fehler hafte, wer entscheide, was wachsen soll und was nicht. Es gelte, Balance zu halten in der Wirtschaft; das sei nicht sexy, aber nach dem Versagen der amtierenden Bundesregierung umso wichtiger. Die Energiewende müsse gesteuert werden – denn: „Wo sind die Grenzen?“ Auch beim Fortschritt gelte es, einen Ordnungsrahmen zu schaffen.

Erhard Eppler antwortete, dass der öffentliche Diskurs in einer Demokratie zu bestimmen habe, was wachse und was nicht. Frank-Walter Steinmeier habe das in seinem Deutschland-Programm deutlich dargelegt. Und seine Antwort auf die Frage, wer hafte, ist so kurz wie prägnant: „Immer die Regierung.“

Die SPD-Fraktion führt diese Fortschrittsdiskurse weiter, denn weder die Bedrohung unserer ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen noch die krisenhafte Entwicklung der Staatshaushalte oder der Finanzmärkte werden allein durch Konjunkturerholung überwunden werden. Es bedarf darum eines neuen Fortschrittsbegriffs mit neuen Zielen des Wirtschaftens.

Mitglieder Enquête-Kommission:

Die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ setzt sich aus 17 Abgeordneten aller Fraktionen sowie 17 externen Sachverständigen zusammen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in der Kommission durch Edelgard Bulmahn (Sprecherin), Daniela Kolbe (Vorsitzende), Waltraud Wolff und Ingrid Arndt-Brauer vertreten. Stellvertretende Mitglieder sind Eva Högl, Anton Schaaf, Hubertus Heil und Ulrich Kelber.

Als externe Sachverständige benannte die SPD-Bundestagsfraktion Prof. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance, Berlin), Dietmar Hexel (DGB-Bundesvorstand), Michael Müller (Staatssekretär a.D.) sowie Prof. Gert Wagner (DIW Berlin).

Gunter Pleuger auf Fachkonferenz: „Wir müssen Verantwortung übernehmen“

Was kann, was soll Deutschland sicherheitspolitisch leisten? Was erwarten die Partner in Nato, EU und den Vereinten Nationen (VN) von Deutschland? Die SPD-Bundestagsfraktion lud zu einer Fachkonferenz im Reichstag zum Thema „Streitkräfte im außen- und sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts“. Zahlreiche Experten kamen zusammen, um Herausforderungen und Antworten auf strategische Fragen im Zusammenhang mit der anstehenden Bundeswehrreform zu diskutieren.

Zu den Gästen gehörten u. a. Dr. Gunter Pleuger, Präsident der Viadrina-Universität und Botschafter a. D. der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Berlin, General Volker Wieker, Generalinspektuer der Bundeswehr, Dr. Klaus Naumann vom Institut für Sozialforschung in Hamburg. Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, nahm für die SPD-Fraktion teil.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier eröffnete die Konferenz im SPD-Fraktionssaal mit der Bemerkung, dass zwar gegenwärtig alle Augen auf die Eurokrise gerichtet seien, aber dass das Thema Streitkräfte dennoch nicht zu kurz kommen dürfe. Denn die Reform „dränge“. Wer Haushalte konsolidieren wolle, der dürfe nicht nur ein enges finanzielles Korsett verlangen, sondern müsse auch sagen, welche Ausrüstung, welche Struktur die Bundeswehr bekommen soll. „Das Ende des Kalten Krieges ist nicht das Ende der Geschichte“, sagte Steinmeier.

Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1994 sei die Bundesrepublik sicherheitspolitisch „erwachsen geworden“, so Steinmeier. Das Urteil ließ uns bei ausländischen Einsätzen mehr Spielraum, brachte aber auch mehr Verantwortung mit sich. Seitdem habe sich die klassische Aufgabe der Bundeswehr, nämlich die Landesverteidigung, zu einer sekundären Aufgabe entwickelt, inzwischen dominierten die Auslandseinsätze zur Stabilisierung ganzer Regionen und Länder.

Schon 2007 über mehr Freiwilligkeit diskutiert

Zur anstehenden Reform der Streitkräfte bemerkte Steinmeier, dass es auch unter Verteidigungsminister Peter Struck schon Reformen gegeben habe. 2007 zum Beispiel habe die SPD auf einem Parteitag in Hamburg über die Zukunft der Wehrpflicht diskutiert und mehr Freiwilligkeit gefordert. „Das gab einen gewaltigen Aufschrei in der Öffentlichkeit“, sagte Steinmeier. Und nun wolle die Union das auch. Doch das allein reiche nicht. Es gehe um die Struktur. „Wenn ersteinmal bekannt wird, welche Standorte geschlossen werden sollen, werden alle nur noch darüber reden und nicht mehr über die Reform an sich, so Steinmeier. Ganze Wirtschaftsregionen hingen daran, und darum müsse die Standortschließung von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft mitgetragen werden. Steinmeier: „Wir sind nicht gegen die Reform, aber wir erwarten als Opposition, eingebunden zu werden.“

Das Thema Verteidigung sei, so Steinmeier, auch in Deutschland eines der wichtigsten. Leider sei das auch den Journalisten nicht mehr ganz so bewusst. „Wir sind das größte Land Europas. Die Menschen erwarten, dass wir Entscheidungen in weltweiter Außenpolitik treffen, dass wir mitentscheiden“, sagte Steinmeier und appellierte an die Teilnehmer: „Helfen Sie mit, dass das Thema Streitkräfte präsent bleibt“.

Das ließ sich Gunter Pleuger, langjähriger Botschafter Deutschlands bei den United Nations (UN) in New York, nicht zweimal sagen. Er hielt eine launige und faktenreiche Rede über die Rolle der Vereinten Nationen. Die seien ein „sehr kompliziertes Gebilde“, ein Klavier, das man wissen müsse zu bespielen. Zum Beispiel sei es so, dass die Generalversammlung kaum Kompetenzen besitze, nur der Sicherheitsrat könne Staaten Vorschriften machen. Und da begönnen schon die Problematiken: Jedes der fünf Ständigen Mitglieder entscheide oft zunächst in nationalem Interesse, und nicht im Interesse der VN. „Das blockiert“, konstatierte Pleuger.

„Wir sind keine Weltmacht, aber eine Handelsmacht“

Er kritisierte die Libyen-Politik der Bundesregierung. „Da haben wir keine Verantwortung übernommen“. Vor allem sei die Stimmenthaltung ein handwerklicher Fehler gewesen. Eine Enthaltung sei nämlich ein codiertes Nein. Dabei sei es möglich, den Präsidenten vor der Abstimmung über das eigene Verhalten und die Ansichten zu informieren. Dann könne man mit Ja stimmen, ohne dass man Personal entsenden müsse. „Man muss aber dabei sein, das ist wichtig“, so Pleuger und ergänzte: „Wir sind keine Weltmacht, aber eine Handelsmacht.“ Wir würden wahrgenommen. Wichtig sei es für uns, sich zunächst mit den EU-Ländern abzustimmen, dann „haben wir einen großen Block hinter uns“. Skeptisch ging Pleuger dagegen mit den so genannten G-Gruppen um. „Haben die G 20 schon jemals etwas bewegt, ein Problem gelöst? Die sind doch gar nicht legitimiert“. Sie sprächen nur für sich. Vielmehr, findet der Ex-Botschafter, müssten die Vereinten Nationen und die EU gestärkt werden.

In der anschließenden Diskussion sagte Rainer Arnold, dass die SPD-Fraktion noch dieses Jahr eine Debatte über europäische Sicherheitspolitik im Parlament anstoßen wolle. In Bezug auf die Struktur- und Personalreform im Verteidigungsministerium sagte er, es sei wichtig, das nicht von oben nach unten zu organisieren, sondern die Angestellten und Beamten mitzunehmen. Auf die Frage, wie die Kooperation der Bundeswehr mit der Wirtschaft laufe, konzidierte Arnold, dass diese Form des Outsourcings, also Auslagern bestimmter Logistiken, der Heeresinstandsetzungstechnik, des Fuhrparks oder etwa der Bekleidungswirtschaft nicht der

Erfolg sei, den man sich davon versprochen hätte. Man wolle nun vieles „selber ausprobieren“. Arnold: „Auslagern darf ja nicht nur Selbstzweck sein“.

Auf die Frage nach der Verstetigung des Verteidigungshaushaltes antwortete Generalinspekteur Wieker, dass er keine belastbare Finanzvorgabe für die nächsten Jahre sehe. Rainer Arnold ergänzte, dass es aber keineswegs so sei, dass der Etat immer gesunken sei.